

Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht – Muster

Hinweise zur Verwendung. Bitte vollständig lesen, bevor Sie das Muster ausfüllen.

Wofür dieses Muster gedacht ist

Dieses Muster hilft Ihnen, eine Beschwerde gegen einen Bescheid der Führerscheinbehörde (Bezirkshauptmannschaft oder Magistrat) an das Landesverwaltungsgericht zu formulieren – etwa gegen die Entziehung der Lenkberechtigung, die Abweisung eines Antrags auf Wiedererteilung oder gegen Auflagen, die auf einer negativen verkehrspsychologischen Stellungnahme beruhen. Es ersetzt keine Rechtsberatung. Jeder Fall ist anders; lassen Sie den fertigen Text im Zweifel von einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt prüfen. Mitglieder von ARBÖ oder ÖAMTC haben über ihren Club Zugang zu einer ersten Rechtsauskunft.

Die Frist – bitte zuerst prüfen

Die Beschwerde muss innerhalb von VIER WOCHEN ab Zustellung des Bescheids eingebracht sein (§ 7 Abs. 4 VwGVG). Maßgeblich ist der Tag der Zustellung, nicht der Tag, an dem Sie den Brief gelesen haben. Bei Zustellung durch Hinterlegung gilt in der Regel der erste Tag der Abholfrist. Versäumen Sie die Frist, wird der Bescheid rechtskräftig.

Wo Sie die Beschwerde einbringen

Nicht beim Gericht, sondern bei der Behörde, die den Bescheid erlassen hat (§ 12 VwGVG). Die Behörde leitet sie an das Landesverwaltungsgericht weiter. Bringen Sie sie schriftlich ein – persönlich gegen Empfangsbestätigung, per Einschreiben oder, wo angeboten, elektronisch. Heben Sie einen Nachweis über den Tag der Einbringung auf.

Gebühr

Für die Beschwerde ist eine Pauschalgebühr von derzeit 50 Euro zu entrichten (§ 2 Abs. 1 Z 1 BuLVwG-Eingabengebührverordnung). Sie wird mit der Einbringung fällig; den Zahlungsweg – meist Überweisung mit Nachweis in der Beschwerde – nennt Ihnen die Behörde. Der Betrag kann sich ändern, prüfen Sie ihn vor der Einbringung.

Was zwingend enthalten sein muss (§ 9 Abs. 1 VwGVG)

1. Die Bezeichnung des angefochtenen Bescheids (Behörde, Geschäftszahl, Datum). 2. Die Bezeichnung der belangten Behörde. 3. Die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt. 4. Das Begehren, also was das Gericht tun soll. 5. Angaben zur Rechtzeitigkeit (Tag der Zustellung). Fehlt etwas davon, kann das Gericht einen Verbesserungsauftrag erteilen – oder die Beschwerde zurückweisen.

Zwei Anträge, die leicht vergessen werden

Die mündliche Verhandlung müssen Sie in der Beschwerde selbst beantragen (§ 24 Abs. 3 VwGVG); sonst darf das Gericht ohne Verhandlung entscheiden. Und wenn die Behörde die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen hat (das steht im Bescheid), beantragen Sie deren Zuerkennung (§ 13 VwGVG) – davon hängt ab, ob Sie während des Verfahrens fahren dürfen.

Realistische Erwartung

Die verkehrspsychologische Stellungnahme ist ein Sachverständigengutachten. Ein Gericht setzt sich darüber nur hinweg, wenn sie unschlüssig oder widersprüchlich ist, das Verfahren fehlerhaft war oder ein gleichwertiges Gegengutachten etwas anderes ergibt. Ohne einen dieser Punkte hat

eine Beschwerde geringe Aussichten. In vielen Fällen ist ein zweiter Antritt mit guter Vorbereitung der schnellere Weg zurück zum Führerschein.

Muster von vpu-vorbereitung.com, Stand September 2026. Allgemeine Orientierung, keine Rechtsberatung. Fristen und Zuständigkeiten prüfen Sie bitte anhand Ihres Bescheids; im Zweifel wenden Sie sich an eine Rechtsberatung.

Muster – zum Ausfüllen

Alle Angaben in [eckigen Klammern] ersetzen. Nicht Zutreffendes streichen.

[Vorname Nachname]

[Straße Hausnummer]

[PLZ Ort]

geboren am [Datum]

[Telefon, E-Mail]

An die

[Bezirkshauptmannschaft ... / Magistrat der Stadt ...]

[Straße, PLZ Ort]

zur Vorlage an das Landesverwaltungsgericht [Bundesland]

Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG

**gegen den Bescheid der [Behörde] vom [Datum], GZ [Geschäftszahl],
zugestellt am [Datum der Zustellung]**

1. Angefochtener Bescheid und belangte Behörde

Ich erhebe binnen offener Frist Beschwerde gegen den im Betreff bezeichneten Bescheid der [Behörde] (belangte Behörde). Mit diesem Bescheid wurde [z. B.: mir die Lenkberechtigung für die Klasse B entzogen / mein Antrag auf Wiedererteilung der Lenkberechtigung abgewiesen / die Lenkberechtigung mit folgenden Auflagen erteilt: ...].

2. Rechtzeitigkeit

Der Bescheid wurde mir am [Datum] zugestellt. Die vierwöchige Beschwerdefrist gemäß § 7 Abs. 4 VwGVG endet daher am [Datum]. Die Beschwerde ist rechtzeitig.

3. Sachverhalt

[Kurz und sachlich: Anlass (z. B. Verkehrsübertretung am ... mit ...), Anordnung der verkehrspsychologischen Untersuchung, Untersuchung am ... bei der Untersuchungsstelle ..., Ergebnis der Stellungnahme vom ..., anschließende Bescheiderlassung. Keine Wertungen, nur der Ablauf.]

4. Beschwerdegründe (Rechtswidrigkeit des Bescheids)

Der angefochtene Bescheid ist aus folgenden Gründen rechtswidrig. [Streichen Sie, was nicht zutrifft, und führen Sie jeden Punkt konkret aus.]

- Verletzung von Verfahrensvorschriften: [z. B.: Mir wurde vor Erlassung des Bescheids kein Parteiengehör gewährt; ich konnte zur Stellungnahme nicht Stellung nehmen. / Der Bescheid setzt sich mit meinem Vorbringen vom ... nicht auseinander.]
- Unschlüssigkeit der verkehrspsychologischen Stellungnahme: [z. B.: Die Stellungnahme vom ... ist in sich widersprüchlich, weil ...; die Schlussfolgerung „nicht geeignet“ ist aus den erhobenen Befunden nicht nachvollziehbar, weil ...; die Testergebnisse werden nicht dargestellt / nicht begründet.]
- Gegengutachten: [Falls vorhanden: Die beigelegte verkehrspsychologische Stellungnahme / das Privatgutachten von ... vom ... kommt zu dem Ergebnis, dass ...]

- Unverhältnismäßigkeit der Auflagen: [z. B.: Die Auflage ... steht in keinem Verhältnis zum festgestellten Sachverhalt, weil ...]
- Geänderte Umstände: [z. B.: Seit der Untersuchung habe ich ...; Nachweise liegen bei.]

5. Anträge (Begehren)

Ich stelle daher die

ANTRÄGE,

- das Landesverwaltungsgericht [Bundesland] möge den angefochtenen Bescheid ersatzlos beheben;
- in eventuelle den angefochtenen Bescheid dahingehend abändern, dass [z. B.: die Lenkberechtigung erteilt wird / die Auflage ... entfällt / die Entziehungsdauer auf ... herabgesetzt wird];
- gemäß § 24 Abs. 3 VwGVG eine mündliche Verhandlung durchführen;
- [nur falls die Behörde die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen hat:] gemäß § 13 VwGVG der Beschwerde die aufschiebende Wirkung zuerkennen, weil [Begründung: z. B. berufliche Angewiesenheit auf die Lenkberechtigung; keine Gefährdung, weil ...].

6. Beweise und Beilagen

- Beilage ./1: angefochtener Bescheid vom [Datum] samt Zustellnachweis
- Beilage ./2: verkehrspsychologische Stellungnahme vom [Datum]
- Beilage ./3: [Gegengutachten / Privatgutachten vom ...]
- Beilage ./4: [weitere Nachweise, z. B. Abstinenznachweise, Bestätigungen, Arbeitgeberbestätigung]

[Ort], am [Datum]

[Vorname Nachname]

Muster von vpu-vorbereitung.com, Stand September 2026. Allgemeine Orientierung, keine Rechtsberatung. Fristen und Zuständigkeiten prüfen Sie bitte anhand Ihres Bescheids; im Zweifel wenden Sie sich an eine Rechtsberatung.